

zend die bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses Maßnahmen gegen die Störung der öffentlichen Hauptgedienste durch Luftbarkeiten, Schaustellungen und Umzüge in der Nachbarschaft der Kirchen unmöglich gemacht sehen wollen. Nachdem sich die Abg. Drechsler (Deutsche Vpt.) und Schreiber (Deutschnall.) für die bürgerlichen Minderheitsanträge ausgesprochen, wird die Abstimmung über die Vorlage ausgelegt, weil eine große Anzahl von Abgeordneten verhindert sind, an der Abstimmung teilzunehmen.

Hierauf berichtet Abg. Ziller (Deutschnall.) über den Gesetzentwurf zur Vinderung der No der Kleinrentner, über den wir bereits berichtet haben, im Sinne der Beschlüsse des Ausschusses, die wir ebenfalls schon früher mitgeteilt haben. Der Gesetzentwurf sieht bekanntlich die Möglichkeit vor, daß den Kleinrentnern durch die Beilegung ihrer Kapitalien die Möglichkeit zu einem sorgenfreien Alter gegeben werden soll.

Abg. Sander (Deutschnall.) stellt den Antrag, die Fristen für die Rückkaufsmöglichkeit der beliebigen Kapitalien von 5 auf 10 Jahre zu erweitern. Abg. Dr. Dehne (Dem.) und Abg. Voigt (Deutsche Vpt.) sprachen in gleichem Sinne, während Abg. Schmirch (Unabh.) gegen diesen Antrag erklärte.

Ministerialdirektor Dr. Hedrich macht Bedenken geltend, weil die finanzielle Tragweite des Gesetzes noch nicht zu übersehen sei und wendet sich gegen den Antrag Sander.

Abg. Kunzsch (Deutschnall.) weist darauf hin, daß das Gesetz in der vorliegenden Fassung nur eine sehr geringe Hilfe für die Rentner bedeute, weshalb er die ablehnende Haltung der Regierung nicht verstehen könne. Die Regierung habe die Not der Kleinrentner offenbar nicht voll erkannt.

Nachdem Ministerialdirektor Hedrich die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie die Not der Kleinrentner nicht erkannt habe, verwahrt, wird auch die Abstimmung über diese Angelegenheit aus den oben angegebenen Gründen ausgelegt.

Sodann wird in die Beratung des Antrages Schmidt-Plauen (Deutsche Vpt.) und Genossen auf Aufhebung der vom Arbeitsminister erlassenen Verordnung die Ueberstunden betreffend eingetreten. Zur Begründung des Antrages wendet sich Abg. Windwich (Deutsche Vpt.) dagegen, daß durch die Verordnung den Gewerkschaften Rechte verlesen werden, die gesetzlich sie nicht zu fordern haben. Der Arbeitsminister habe eine ganz falsche Auffassung von der Ueberstundenarbeit. Auf keinen Fall soll der Arbeitstagen ein schöner Tag ohne Gang und Klang begradet werden, das würden die Verhältnisse zwangsweise so mit sich bringen.

Arbeitsminister Jäckel: Ihm sei es klar gewesen, daß sein Erlaß scharfen Widerspruch bei den Unternehmern auslösen werde, insbesondere deshalb, weil durch die Dienstamweisung an die Gewerbeaufsichtsbeamten vorgelesen ist, daß die Gewerkschaften vor jeder Genehmigung der Ueberstunden zu befragen sind. Die Interessen der Unternehmer gingen nicht mit den Interessen der Volkswirtschaft zusammen. Die Arbeiter hätten ihm zugestimmt und diese Anerkennung sei ihm mehr wert, als die der Industrie. Er habe die Verordnung als ein sozialistischer Minister erlassen und er lasse sich durch die Einwendungen aus den Kreisen der Industrie nicht irren machen.

Vandegewerbeat Dr. Thiele verleiht die Verordnung des Arbeitsministers und betont, daß der Arbeitstagen aus gesundheitlichen Gründen unbedingt aufrecht erhalten werden müsse.

Abg. Franz (Soz.) bezeichnet die Verordnung des Arbeitsministers als durchaus zweckmäßig. Schon die große Zahl der Arbeitslosen bedinge einen Verzicht auf Ueberstunden.

Abg. Dr. Eckardt (Deutschnall.) leip dem Arbeitsminister nahe, sich für die nur noch kurze Zeit seiner Amistätigkeit vor Augen zu halten, daß jeder Minister zuerst Diener der Gesamtheit und nicht nur einzelner Parteien sein soll. Der Redner wendet sich dann eingehend gegen die Verordnung des Arbeitsministers und legt die Ungeheuerlichkeit des Vorgehens dar, die im Widerspruch mit der einschlägigen Reichsverordnung stehe. Man sollte sich doch freuen, wenn endlich einmal wieder eine sachliche Lösungswelle über unsere Industrie hinweggehe. Des Sinn der heutigen Worte und der Verordnung des Arbeitsministers aber sei, daß die Industrie eben nicht mehr Aufträge annehmen soll, als sie ohne Ueberstunden ausführen kann. Die Sozialisten suchen sich immer einen wunder Punkt des Wirtschaftsläppers aus, um eine Störung der Wirtschaft herbeizuführen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei die Hauptsache, daß wir uns in einer so schweren Krise befinden. Durch die Ueberstunden des Tarifgeheimnisses werde die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter gedrückt. Billige und leistungsfähige Arbeiter müßten Gelegenheit haben mehr zu verdienen, als die nachlässigen. Der Redner verweist dann auf einen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, in dem der sozialistische Volkswirtschaftler Kalka sich für eine Schlichtveränderung und für Aufgabe des allzu schematisch aufgestellten Arbeitstages ausgespricht.

Abg. Ebert (Komm.): Solange noch Arbeitslose vorhanden sind, müßte Ueberstundenarbeit überhaupt unmöglich gemacht werden.

Abg. Sacke (Unabh.): Seiner Partei erscheine die Zahl der zugelassenen Ueberstunden noch zu hoch.

Abg. Dr. Demmering (Dem.) gibt dem Wunsch Ausdruck, daß in der Ueberstundenfrage auch die Vertreter der Arbeitgeber und die Handelskammern gehört werden möchten. Nach weiteren Ausführungen des Arbeitsministers Jäckel und der Abg. Windwich und Dr. Eckardt wird auch die Abstimmung über diesen Antrag ausgelegt.

Zum Schluß berichtet Abg. Castan (Soz.) im Namen des Haushaltsausschusses A über die in den Jahren der Lehrerwitwenvereinigungen zu Dresden, Chemnitz, Zwickau und des sächsischen Ruhefahrländerbundes in Dresden, betreffend die Regelung ihrer Bezüge und Anszahlung eines Vorzuschusses. Der Ausschuss beantragt, die Regierung zu ermächtigen, den Empfängern von Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenbesitz aus der Staatskasse alsbald gleich-

mäßig hohe Abschlagszahlungen zu gewähren, wie sie das Reich gewährt hat. Der Antrag fand allseitig Zustimmung.

Nächste Sitzung, Mittwoch mittag 1 Uhr. Tagesordnung: 11 kommunistische Anträge betreffend Amnestie, Entwaffnung, Umgestaltung der Reichswehr usw.

Einigung in der sächsischen Textilindustrie.

Wie wir hören, ist der große Lohnstreik von 20 000 Textilarbeitern der Lausitz, den die Arbeitgeber mit der Aussperrung der doppelten Zahl von Arbeitern beantworteten, am Dienstag nach mehrwöchiger Dauer aufgehoben worden. Die Verhandlungen im sächsischen Arbeitsministerium, die sich besonders schwierig dadurch gestalteten, daß etwa zwölf verschiedene Tarife ineinander zu verarbeiten waren, führten am Dienstag nachmittag zum Ergebnis, daß ein Manufakturtarif für die verschiedenen Zweige mit Gültigkeit für ein Jahr geschaffen wurde, mit dem ein von Monat zu Monat fündbarer Lohnvertrag verknüpft ist. Die Arbeit wird nach Möglichkeit sofort wieder aufgenommen.

Fünfzigjähriges Jubiläum der Firma Aug. Claus.

Am heutigen 7. Dezember sind fünfzig Jahre ins Land gegangen, daß eine der größten und angesehensten Textilfirmen unserer Stadt, Aug. Claus, von ihrem ersten Inhaber, August Friedrich Claus, ins Leben gerufen wurde. Fünfzig Jahre im Weltensien eine winzige Spanne, im Leben des Menschen, im Sein eines geschäftlichen Unternehmens eine lange, gemaltige Zeit — hat die Firma aus kleinen Anfängen heraus sich zu einem Weltgeschäft entwickelt, das — im wahren Sinne des Wortes — mit seinen Fäden die ganze Welt umschlingt, zu einem Hause, dessen Erzeugnisse im fernem Orient, in der Türkei, Kleinasien, Aegypten und weiter sich ebenso großen Ansehens erfreuen wie im Westen und im Süden unserer Erde. Seit fünfzig Jahren stellt die Firma alles her, was der Mensch sich warm um Leib und Glieder legt, Unterzeuge in Baumwolle, Wolle und Seide, in allen Ausführungen, in allen Farben und Genres, in allen Preislagen. Und die jetzigen Inhaber und ihre Söhne, die heute zu Produzenten der Firma ernannt wurden, bürgen dafür, daß der Welt Ruf des Hauses ihm erhalten bleiben wird für alle Zeiten.

Der Gründer des Hauses war 1829 im benachbarten Gröna geboren und zuerst als Nachfolger unseres unvergesslichen Ehrenbürgers Carl Gruber in der bekannten Strumpffirma Gottbold Hermann in Oberlungwitz in Stellung. 1856 ging er in gleicher Eigenschaft zu Heinrich Christa Härtel in Waldenburg, um nach zehn Jahren nach Hohenstein überzusiedeln und sich hier mit dem seit einigen Jahren verstorbenen Vater zum Teilhaber der Firma Claus und Lehmann selbständig zu machen. Schon nach fünf Jahren aber trennten sich die beiden Söhne und August Friedrich Claus gründete am 7. Dezember 1871 unter der Firma Aug. Claus ein Wirkwaren-Fabrikationsgeschäft und zwar im höchsten Grundstück auf der Dresdner Straße. Hier stellte er als erster in unserer Stadt reguläre Unterkleider her. Am 1. April 1876 wurde das Haus am Bahnhof 3 bezogen und später das Haus der Firma Bauer u. Co. dazugekauft. Im Laufe der Jahre wurden weitere Vergrößerungen vorgenommen und heute bilden die Grundstücke der Firma einen umfangreichen Komplex zwischen Conrad Clausstraße und dem Bahnhof. Erstens 1874 traten die Söhne des Gründers, die Herren Max und Otto Claus, im Juni 1886 der Schwiegerherrschaft, Herr Carl Wetter, in die Firma ein. Am 11. März 1900 starb der Gründer der Firma und die jetzigen Inhaber übernahmen allein das Geschäft, dem, wie schon hervorgehoben, die Söhne der Herren Max und Otto Claus, die Herren Felix und Rudolf Claus, von heute als Prokuristen angehören werden.

Zum dauernden Gedenken an den heutigen Tag haben die Inhaber des Hauses eine „Firma Aug. Claus-Stiftung“ in Höhe von 100 000 Mk. unserer Stadt als Beihilfe zur Erbauung von Arbeiterwohnhäusern überwiesen, die zur Hälfte den beiden Waisenkindern zugute kommen sollen. Die Zinsen der Stiftung sollen zur einen Hälfte das Bürgerheim und die Altstadt-Gemeindebibliothek, zur anderen Hälfte bedürftige und würdige Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma jedesmal am Stiftungstage ausgezahlt erhalten.

Die zahlreichen geschäftlichen und persönlichen Freunde der Inhaber des Hauses aber werden sich heute in dem Wunsch vereinen, daß es den heutigen Inhabern noch lange vergönnt sein möge, an der Spitze der Firma zu stehen, und daß die Erzeugnisse des Hauses sich auf alle Zeiten der Wertschätzung erfreuen mögen, die sie heute in aller Welt genießen.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 7. Dezember 1921.

Weiterveranfrage für morgen:

Früh, etwas wärmer, Regenfälle nicht ausgeschlossen, westliche Winde.

Temperatur am 6. Dezember:

Maximum — 8,8, 12 Uhr + 0,3, Minimum — 0,8.

—p. Ein schwerer Bodenkammerdiebstahl ist am Montag, den 5. Dezember, mittags in der Zeit von 11—12 Uhr, im Hause König Albertstraße 5 verübt worden. Der Dieb hat mit einem Dietrich das Schloß geöffnet und aus der Kammer folgende Gegenstände im Gesamtwert von 1600 Mk. gestohlen: weiße Schürzen, Taschentücher, Bettzüge für zwei Betten, ein Bettkissen, Handtücher, eine schwarze Boa, eine schwarze Handtasche und Stoff zu einem Kleid. Verdacht auf irgendjemanden besteht bisher nicht.

—* Vom Verein sächsischer Zuckergroßhändler in Dresden ist nachstehender Bericht zur Verbreitung an die Presse abgegeben worden: „Die jetzige Zuckernappheit beruht in der Hauptsache auf einer ganz ungenügenden Wagenstellung seitens der Reichseisenbahnen, da auf Verfügung des Reichsverkehrsministeriums zunächst alle gedeckten Güterwagen zur Beförderung von Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist deshalb dringend geboten, damit die vorläufig spärlich eingehenden Zuckersendungen einer möglichst gleichmäßigen Verteilung zugänglich gemacht werden können, daß von Hamsterkäufen abgesehen wird, und daß der Kleinhandel an die eingekauften Käufer zunächst nur pfunweise abgibt. In vereinzelten Fällen ist die Beobachtung gemacht worden, daß in Ausnutzung der Zuckernappheit zu hohen Preisen verlangt wurden. Es wird deshalb, um jeder ungesunden Preisbildung vorzubeugen, im Einvernehmen zwischen Groß- und Kleinhandel, unter Verständigung mit den amtlichen Stellen, festgestellt, daß unter Berücksichtigung aller Verhältnisse für den Freistaat Sachsen ein Kleinhandelspreis für gemahlene Zuder von Mk. 4.70 für 1 Pfd., für Würfel u. andere Sorten von 4.90 für 1 Pfd., als angemessen zu bezeichnen ist und zwar auf Basis des von der Deutschen Zuckerrwirtschaftsstelle, Berlin, 3. St. festgesetzten Raffineriepreises, des jetzigen Umsatzsteuerfußes und der jetzigen Verbrauchssteuer. Hierbei sei erwähnt, daß sich der Zuckermittelspreis ca. 97% der gesamten Zuckereindustrie angehoben haben. Die wenigen nicht angeschlossenen Fabriken verlangen zwar höhere Preise, aber von diesen erzeugte Zuder wandert aber zumeist in die zuckererarbeitende Industrie, kommt somit für die Mundzuckerversorgung kaum in Frage. Ein höherer Kleinhandelsverkaufspreis als Mk. 4.70 für 1 Pfd. gemahlene Zuder dürfte somit, wie von der Landespreisprüfungsstelle hinzugefügt wird, in allen Fällen zu beanstanden sein und gegen die betreffenden Händler eingeschritten werden müssen.“

—* Ueber zweifelhafte Geschäfte mit Beständen der Reichsbekleidungskämter berichten jetzt auch Berliner Blätter. Wie das sächsische Wirtschaftsministerium mitteilt, hat es selbst schon vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht, daß auch aus dem Dresdner Reichsbekleidungsamt Anzugstoffe in größeren Posten an die Ledergröbhandlung Sulzberger und das Delimporgeschäft Kolst, beide in Berlin, verkauft worden sind. Schon ehe sich die Tagespresse mit der Angelegenheit befaßte, hat das Wirtschaftsministerium veranlaßt, daß das Dresdner Polizeipräsidium diese Stoffe im Dresdner Reichsbekleidungsamt wegen Verdachts des Wucher- und Kettenhandels beschlagnahmte. Es ist zu hoffen, daß durch das rasche Eingreifen der Dresdner Polizei die Stoffe dem inländischen Verbrauch ohne Verteuerung des Kettenhandels erhalten werden können.

—e. Oberlungwitz, 7. Dez. Eine Versammlung der Unternehmer und Betriebsräte aller Branchen befaßte sich am Montag abend im Saale der „Post“ mit dem von uns bereits mitgeteilten Vorschlag des Herrn Fabrikbesitzer Louis Bahner, zugunsten der notleidenden alten Textilarbeitslosenunterstützungsempfänger und Sozialrentner in drei Arbeitswochen vor Weihnachten täglich eine Stunde länger zu arbeiten und den Lohn dafür an die Wohnortsgemeinden abzuführen; er selbst würde denselben Betrag, den er als Lohn ausgeben müßte, den betr. Gemeinden zur Verfügung stellen. Der Gewerkschaften-Fürjörgen Ausschuss des Bezirks diesen Vorschlag mit der Abänderung in „zwei“ Wochen bekanntlich einstimmig angenommen. Herr Gemeindevorstand Riebel teilte in seinen Eröffnungsworten mit, daß durch seine Bemühungen die Landwirte 256 Bunter Kartoffeln für die Bedürftigen gezeichnet hätten und daß ferner die Unterstützung verdoppelt und in dieser Höhe bereits einmal ausgezahlt worden sei. Der Vorschlag des Herrn Bahner sei ihm sympatisch, und er hoffe, daß er verwirklicht werden könnte. Herr Louis Bahner begründete dann nochmals seinen Vorschlag, dem auch die anderen Unternehmer zugestimmt hätten. Herr Otto Semper erklärte namens der Gewerkschaften, daß auch diese den Vorschlag unterstützten, wenn man auch nicht wisse, ob alle Arbeiter sich dazu bereit erklärten. In der sehr lebhaften weiteren Aussprache wurde u. a. mitgeteilt, daß die Belegschaft der Firma Karl Lieberknecht die Ueberstunden bereits abgelehnt habe; die meisten Betriebsratsmitglieder sprachen sich sodann gegen den Vorschlag aus, weil die Arbeiterkraft der Meinung sei, daß der den Geldbeutel habe, die Unterstützung allein zahlen solle und könne. Schließlich wurde folgender Vorschlag von den Unternehmern wie den Vertretern der Arbeiterchaft einstimmig angenommen: In 12 Arbeitstagen wird täglich eine Notstunde gearbeitet. Von dem Verdienst dieser Stunde liefert der Arbeiter die Hälfte ab, der Unternehmer aber den vollen Lohn für diese Stunde. Zur Ueberwachung der Ablieferung und Verteilung an die Rentenempfänger wurde ein paritätisch zusammengesetzter Ausschuss, bestehend aus den Herren Post, Schumann und Weise sowie Fabrikbesitzern Louis Bahner, Tauscher jun. und Fischer, gewählt.

— Oberlungwitz, 7. Dez. Am letzten Sonntag hielt der Ev. Volksverein wieder einen Familienabend in dem gemütlich wärmten Vereinslokal Forsthaus ab. Advents- und Kirchenlieder bildeten die gemeinsamen Gesänge, wie auch der von Fr. Pöndgraf den Mitgliedern gebotene Klavier- und Gesangsbeitrag weihnachtliches Gepräge hatte. Im ersten Teile wurden die Satzungen des Ev. Volksvereins beschloffen, die sich eng an die alten Satzungen des Arbeitervereins anschließen. Im 2. Teil hielt Herr Baummeister Hertel einen eingehenden, vielseitigen praktischen Vortrag über die evangel. Volksschule. Im anschließenden Gespräch wurde noch manches Interessante, Lehreiche und Belehrenswerte besprochen. Endlich wurde noch eine ansehnliche Weihnachtsgabe für P. Sprangers Kinderheime gesammelt.

—p. Gersdorf, 7. Dez. In der wieder gut besuchten Novemberversammlung des Christl. Eltern-

vereins erläuterte P. Kotzer das neue Gesetz über die religiöse Kindererziehung, nach dessen Bestimmungen das 10jähr. Kind über seine religiöse Erziehung zu hören ist, das 12jähr. nicht ohne seinen Willen in einem anderen Bekenntnis unterrichtet werden darf und das 14jähr. frei über sein Bekenntnis verfügen kann. Alle 3 Feststellungen sind um 2 Jahre verfrüht, nehmen dem Kinde seine Unbefangenheit und fördern eine unheilvolle Frühreife. Frau Missionar B. Kotzer's hochinteressanter Vortrag enthielt grauenvolle Bilder afrikanischer Kinder, „Pflanz- und Kindererziehung“. Er zeigte, was finstere Aberglaube namentlich unter den Negergeborenen für Jammer und Verheerung anrichtet. Die weitere „Erziehung“ wies infosere Kulturanklänge auf, als der Begriff: die strafende Mutter schlägt das Kind ins Afrikanische überseht heißen muß: Mutter und Kind schlagen einander! Das entwerfende Unfähigkeit als besonderer Erziehungsfaktor namentlich bei Jünglingen gilt, ließ erkennen, welche ein Segensfeld für die Mission im schwarzen Erdteile erschloß und was für ein trübseliges Gerede es ist, die Mission störe „das Bild der Naturvölker“. Gleichzeitig wurde gezeigt, wie sich gerade die deutsche Kolonialverwaltung im Gegensatz zur englischen angelegen sein ließ, die Neger auch sittlich und wirtschaftlich vorwärts zu bringen, was durch rührende Anhänglichkeit der Neger g-lobt wurde. Wenn im nun folgenden Vereinsberichte Schuldir. Pfeifer Fortschritte, ja Erfolge beklunden konnte, so mahnt doch die Nichtigkeit der Gegner, die Hände nicht in den Schoß zu legen. Ganz besonders dürfen wir in der Mitgliederwerbthätigkeit nicht müde werden. Bestimmt ist auch zu erwarten, daß am Wahltage des 11. Dezember unsere Mitglieder, namentlich auch die Frauen vor Gott und Gewissen ihre Pflicht erfüllen, geht doch aus dem Gemeindevorstand für uns so wichtige Schulvorstand hervor. Die Dezemberversammlung muß infolge des Familienabends vom Frauenverein und dann des nahen Weihnachtstages wegen ausfallen. Für die Januarversammlung ist bereits eine auswärtige Vortragskraft gewonnen.

— Gersdorf, 7. Dez. Die hiesige Wasserwerksverwaltung macht erneut darauf aufmerksam, daß mit dem Wasser aus unserer Leitung recht sparsam umgegangen werden muß, wenn nicht weitere Maßnahmen wieder ergriffen werden sollen. Da die der Kälte ausgefetzten Leitungen bei starkem Frost abgefrieren, ist ein rechtzeitiges Einpacken erforderlich, soll dem Besitzer nicht empfindlicher Schaden entstehen.

— Gersdorf, 7. Dez. Nach einem mehrjährigen Zeitabschnitt beabsichtigt Anfang nächsten Jahres der hiesige Gefäßlichterverein wieder eine Gefäßgalausstellung zu veranstalten. — In den Zeichen unserer Fluren sieht man jetzt überall fleißige Hände, die das Eis bergen. Es ist 20 Zentimeter stark.

— Mittelbach, 7. Dez. Am Sonnabend abend explodierte im Ofen des Grillwarenhändlers Scheller eine Handgranate und richtete im Laden und am Gebäude ziemlichen Schaden an. Von den arbeitsenden Kunden wurde niemand verletzt. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob es sich um einen Kadett handelt, oder ob die Handgranate (eine andere kam nicht zur Explosion) mit den Kohlen in den Ofen geraten sind.

— Obercallenberg, 7. Dez. In der Nacht zu heute wurden beim Gutsbesitzer Schubert mittels Einbruchs 8 Gänse (Grauscheden) und 1 Fahrrad (Marke Brennabor) im Gesamtwerte von 3000 Mk. gestohlen. Etwaige Wahrnehmungen wolle man der Verdarmerie mitteilen.

— Galleberg, 7. Dez. Bei der am Sonntag abgehaltenen Gemeinderatswahl wurden 555 Stimmen für die sozialdemokratische und 210 Stimmen für die bürgerliche Liste abgegeben. 8 Stimmen waren unglücklich. Die 10 Siege des Gemeinderates verteilen sich mit 7 auf die Sozialdemokraten und 3 auf die Bürgerlichen.

— Grumbach, 7. Dez. Am 28. April fand durch zwei Beauftragte der Reichsgetreidekasse eine Revision der Bäckerei des 24 Jahre alten Bäckereimeisters A. von hier statt, wobei, nachdem A. den Besitz von weiteren Vorräten als seinen Bäckereibeständen wiederholt verleugnet hatte, bei einer genaueren Durchsichtung aller Räume 2500 kg Roggen, 888 kg Weizen, 2070 kg Roggenmehl, 162 kg Weizenmehl, 367 kg Gerste und 646 kg Kleie (zusammen 128 Ztr.) gefunden wurden, über deren rechtmäßigen Erwerb er eine Auskunft nicht geben konnte. Diese Menge fand sich in Räumen seiner Mutter und Schwiegermutter, in der Kammer seines Bruders, in Bodenkammern und in der Scheune unter Stroh. Auf die Frage der Revisoren, woher er das viele Getreide habe, erklärte A., er habe es sich verschafft, damit er beim Einsehen der freien Wirtschaft nicht in Verlegenheit komme und um seinen Kommunalverbandsbestand in Ordnung zu haben. Gleichzeitig gab A. zu, an seine Kunden vorzuschussweise Brot ohne Marken abgegeben zu haben. Auf Grund dieses Sachverhalts ist A. vom Schöffengericht Waldenburg wegen Verschweigens von Getreidevorräten, Schleichhandels und gewerbsmäßiger Verarbeitung beschlagnahmter Vorräte und Verkauft von Brot ohne Marken zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis und 8100 Mk. Geldstrafe oder einem weiteren Jahre Gefängnis verurteilt worden. Die von dem Verurteilten und der Staatsanwaltschaft eingewendeten Berufungen wurden vom Landgericht Zwickau jetzt verworfen.

— Glausau, 6. Dez. Zwischen die Puffer geraten ist am Sonntag abend beim Klängen auf dem Güterbahnhofe der Bahnhofsleiter Klänge von hier. Es wurde ihm der linke Arm derart zerquetscht, daß Klänge nach Anlegung eines Notverbandes dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

— Zwickau, 6. Dez. Am 5. Dezember abends 1/2 9 Uhr ist auf dem hiesigen Bahnhofe ein Postfach mit zwei Geldbeuteln in Verlust geraten. Vermutlich liegt Diebstahl vor.

— Reichenbach i. V., 6. Dez. Am Sonnabend und Sonntag ist in hiesiger Stadt ein junger Mann aufgetreten, der bei Geschäftleuten gekauft und als Bezahlung Schicks der städtischen Strafasse